

Notwehr gegen Erpressung durch Drohung mit erlaubtem Verhalten

Von

Tino Seesko



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
-------------------------	----

Erstes Kapitel

Über den Angriffscharakter der erpresserischen Drohung	18
---	----

§ 1 Allgemeines zum Begriff des Angriffs	18
--	----

§ 2 Das Problem der erpresserischen Drohung als Angriff	20
---	----

A. Der Kreis der problematischen Konstellationen	20
--	----

B. Die rechtliche Problematik	21
-------------------------------------	----

C. Das Verhältnis zwischen Willensfreiheit und Vermögen im Erpressungstatbestand	24
--	----

I. Zurechnungszusammenhang	25
----------------------------------	----

1. Kausalität	25
---------------------	----

2. Zurechnung kraft Verantwortlichkeit für eine Notstandssituation	26
--	----

3. (Vermeintliche) Unterschiede	27
---------------------------------------	----

4. Zurechnungszusammenhang und Wortlautauslegung	29
--	----

5. Zurechnungszusammenhang und Unrechtsgehalt der Erpressung	33
--	----

6. Ergebnis	35
-------------------	----

II. Drohung, vermögensschädigendes Verhalten und psychische Kausalität ...	36
--	----

1. Die Geltung von Kausalgesetzen im Bereich der menschlichen Psyche	37
--	----

2. Verhaltensgründe als Zurechnungskriterium	39
--	----

3. Ergebnis	40
-------------------	----

III. Konsequenzen für den erpresserischen Angriff	40
---	----

IV. Grenzen der erpresserischen Drohung als Angriff	42
---	----

1. Die Drohung mit einem erlaubten Verhalten als Angriff	42
--	----

a) Die in Rechtsprechung und Literatur vertretenen Positionen	43
---	----

aa) Die rechtlich garantierte Freiheit als Schutzgut der Nötigung ..	43
--	----

bb) Die Willensentschließungs- und Willensbetätigungsfreiheit als das Rechtsgut der Nötigung	46
--	----

b) Historie der §§ 240, 253 StGB und die Rechtsordnung in ihrer Bedeutung für das Rechtsgut der Willensfreiheit	47
aa) Die geschichtliche Entwicklung der Nötigung und der Erpressung	48
(1) Die Nötigung	48
(2) Die Erpressung	51
(3) Schlußfolgerungen	52
bb) Die Rechtsordnung und ihre Aussagekraft zum Rechtsgut der Nötigung und Erpressung	55
(1) § 154 c StPO und die Vergleichbarkeit von Erpressung und Wucher	55
(2) Die Verfahrensordnungen als Ausprägung des Gewaltmonopols	57
(3) Willensbildungs- / Willensbetätigungsfreiheit als Normwiderspruch?	61
2. Ergebnis	64
D. Zusammenfassung	64

Zweites Kapitel

Die erpresserische Drohung und die Notwehrvoraussetzungen	66
§ 1 Notwehrfähigkeit der Willensentschließungs- und Willensbetätigungsfreiheit	66
§ 2 Strukturelle Unterschiede zwischen einem erpresserischen Angriff und einer „idealtypischen Notwehrlage“	70
§ 3 Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	74
A. Meinungsstand	74
B. Der Bezugspunkt der Gegenwärtigkeit	76
I. Das geschützte Rechtsgut als Bezugspunkt	76
II. Das Angriffsverhalten als Bezugspunkt	77
C. Zusammenfassung	79
§ 4 Die Rechtswidrigkeit des Angriffs	80
§ 5 Die Erforderlichkeit der Verteidigung	81
A. Die Erforderlichkeit der Verteidigung überhaupt	82
I. Die schlichte Nichtzahlung	82

II. Die Duldung des angedrohten Übels	84
1. Die Wertung des § 192 StGB	85
2. Die Wertung des § 154 c StPO	85
3. Der Grundsatz „nemo tenetur se ipsum prodere“	86
4. Zur Legitimität des Interesses an der Verhinderung einer Strafanzeige beziehungsweise der Offenbarung kompromittierender Tatsachen	91
5. Ergebnis	92
B. Die einzelnen Verteidigungsmaßnahmen	93
I. Die Verteidigung vorbereitende Maßnahmen	93
II. Gewaltanwendung	95
C. Ergebnis	96
§ 6 Die Gebotenheit der Verteidigung	96
A. Heimliche Erpressungsabwehr als Fall eingeschränkter Notwehrbefugnisse	97
B. Zwei Thesen und ihre Überzeugungskraft	99
I. Notwehrbefugnis und Generalprävention	99
II. Rechtsbewährungsprinzip als Grundgedanke der Notwehr	101
1. Notwehr und das Prinzip des überwiegenden Interesses	101
2. Rechtsbewährung und Historie der Notwehr	102
3. Rechtsbewährung und der Wortlaut des § 32 StGB	104
4. Rechtsbewährung und das Prinzip des überwiegenden Interesses	104
a) Das Recht als überwiegendes Interesse	105
b) Rechtsbewährung und Generalprävention	107
aa) § 32 StGB und die Aufgabe der Generalprävention	107
bb) Konsequenzen eines generalpräventiven Notwehrzwecks	109
5. Individualschutz und die besondere Rigidität des Notwehrrechts	110
C. Fazit für eine Einschränkung des Notwehrrechts des Erpreßten	111
Zusammenfassung	113
Literaturverzeichnis	115
Sachverzeichnis	124